

Liebe Genossinnen und Genossen,

Euch liegt der Antrag der AG Linke UnternehmerInnen zum Regierungsprogramm vor, den diese gemeinsam mit OWUS-Thüringen e. V. dem linken Unternehmerverband erarbeitet hat. Als Vorsitzender des OWUS-Thüringen und Mitglied der AG LiU sei es mir gestattet zu diesem Antrag und zu einigen grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Überlegungen zu sprechen.

Mit Blick auf die aktuelle Wirtschaftskrise möchte ich zunächst meine Überzeugung zum Ausdruck bringen, dass unsere Volkswirtschaft diese Krise überstehen wird – und zwar auch dann, wenn einige Schwergewichte unter den Großfirmen und Konzernen nicht zu retten sind. Denn die Fronten, an denen die entscheidenden Schlachten um die Zukunft unseres Wohlstandes geschlagen werden, verlaufen nicht an der Frankfurter Börse und auch nicht in den Lobbyhallen der Parlamente.

Die Entscheidung über Sieg oder Niederlage im Kampf gegen Rezession und Deflation fällt in den Büros und Betrieben von bundesweit über drei Millionen Firmenchefs, Selbständigen und Freiberuflern. Während die Konzernvorstände mit ihren Klagen das ganze Land in Atem halten, sind die kleinen und mittleren Unternehmen zuallermeist ohne eigenes Verschulden in den Mahlstrom der Krise geraten. Und während die Damen und Herren der sogenannten Wirtschaftselite nach dem Staat schreien, damit der Bundesadler den Scherbenhaufen wegfegen möge, den sie selbst angerichtet haben, wachsen die Mittelständler unter dem Druck der Krise über sich hinaus.

Da mögen Aufträge wegbrechen, Kreditlinien einstürzen, Stammkunden Pleitegehen – doch statt zu jammern, machen sich die Unternehmer auf den Weg, sich aus eigener Kraft aus der Misere zu befreien. Das tun sie mit Bravour und Würde – aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung. Immerhin geschätzte 30.000 werden dafür in diesem Jahr ihre Existenz und oft auch die ihrer Familien opfern.

An ihrer Stelle treten wagemutige Existenzgründer an.

Sie und die übrigen drei Millionen Selbständigen sind es, die den Karren aus dem Dreck ziehen werden. Um so mehr ist es Aufgabe der LINKEN ihre Wirtschaftspolitik auf die Klein- und mittelständischen Betriebe zu richten.

Sie sind nicht, wie einige Gewerkschafter meinen, zu klein geratene Blutsauger. KMU sind die den ArbeitnehmerInnen am nächsten stehenden Teile des bürgerlichen Lagers. Sie sind immer in der Gefahr in das Lumpenproletariat hinabgeschleudert zu werden, wie Karl Marx es einst formulierte, da er Hartz IV noch nicht kannte.

Ausgehend von diesen Überlegungen wurde der Antrag der AG LiU gemeinsam mit OWUS-Thüringen e. V. erarbeitet und mit dem Landesvorsitzenden und der Antragskommission beraten.

Dabei wurden drei Schwerpunkte herausgearbeitet, die unbedingt Eingang in unser Regierungsprogramm finden sollten:

1. Von besonderer Bedeutung ist für DIE LINKE die weitere Ausgestaltung der Wirtschaftsdemokratie über die stärkere Beteiligung und Einbeziehung der Beschäftigten in die Geschäftspolitik der Unternehmen.

In einem Interview sagte Gregor Gysi kürzlich:

„Wir wollen echte Familienunternehmen schaffen – der Unternehmer eng verbunden mit seiner Belegschaft, die Belegschaft als Teil der Familie.“

Hier geht es um Fragen der Mitbestimmung, die Rolle der Arbeitnehmervertretungen bis zum Thema Mitarbeiterbeteiligungen.

Insbesondere letztere bedürfen einer besonderen Aufmerksamkeit - denken wir nur ganz aktuell an das Beispiel Opel. Es gilt zu klären, dass die Unternehmensanteile der ArbeitnehmerInnen im Insolvenzfall gesichert sind.

„Wir können nicht zulassen, dass ein Arbeitnehmer bei einer Firmenpleite neben seinem Job auch noch sein Eigentum verliert. Da müssen wir Auffanglösungen im Hintergrund finden.“, sagte Gregor im genannten Interview.

Ob dies über Landesbürgschaften oder z. B. in Form von Sondervermögen geschieht, ist eine Hausaufgabe für die nächste Legislaturperiode.

2. Der öffentliche Wirtschaftssektor, insbesondere im kommunalen Bereich, ist zu stärken. Dabei sind Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Vom öffentlichen Wirtschaftssektor sind Impulse für die übrige Wirtschaft zu geben.
3. Bei der Einführung eines Thüringer Mindestlohn- und Vergabegesetzes sind Anpassungsregelungen für Klein- und mittelständische Unternehmen zwingend vorzusehen.

Um es deutlich zu sagen, wir meinen damit nicht, dass sich einzelne Unternehmen per Sonderregelung um die Zahlung eines flächendeckenden Mindestlohnes drücken dürfen.

Vielmehr gehen wir davon aus, dass z. B. der Frisör oder Gastwirt seine Preise nicht am Tag eins nach Verkündung des Mindestlohnes entsprechend erhöhen kann. Nach seriösen Annahmen wird es drei bis fünf Jahre dauern, bis sich der Mindestlohn in höhere Kaufkraft umsetzt.

Diesen Zeitraum können KMU wegen ihrer geringen Eigenkapitaldecke nicht aus eigener Kraft überbrücken, so dass Anpassungsregelungen notwendig sind. Diese könnten z. B. in Form von Stundungsregelungen bei Steuern und Abgaben oder auch in Form von Zuschüssen oder zinslosen Darlehen bestehen.

Neben diesen wesentlichen Punkten gibt es noch eine Reihe weiterer Themen, die wir im Antrag benannt haben, die aber nicht zwingend ins Thüringer Regierungsprogramm aufgenommen werden müssen. Sie bedürfen dennoch einer weiteren Berücksichtigung in der wirtschaftspolitischen Diskussion.

Stellvertretend möchte ich hier nur einige Themen nennen, die auf Bundesebene z. B. durch eine Bundesratsinitiative angesprochen werden müssen, wie

- die Ausbildungsplatzumlage
- die Steuerfreiheit für Sanierungsgewinne
- die soziale Sicherung von KMU und deren Familien
- Veränderungen im Steuer- und Abgabensystem

Ebenso bleibt die konkrete Ausgestaltung von Förderprogrammen auf der Aufgabenliste.

Hier gilt abzuwägen, ob es besser ist über die einzelbetriebliche Förderung komplette Produktzyklen von der Forschung und Entwicklung bis zu Produktion und Vertrieb zu fördern oder lieber über die Infrastrukturförderung noch ein paar Wiesen mehr zu beleuchten.

Die tägliche unternehmerische Praxis wird ständig neue Anforderungen an die politischen Rahmenbedingungen hervorbringen.

Wir die AG LiU und der OWUS-Thüringen e. V. werden in engem Kontakt mit dem Landesverband und der Landtagsfraktion der LINKEn dazu beitragen, rechtzeitig entsprechende Lösungen auf den Weg zu bringen.

Am besten gelingt das, wenn gestandene Unternehmer wie der stellvertretende Vorsitzende des OWUS-Thüringen e. V., Detlef Hautahl gemeinsam mit gestandenen Politikern und OWUS-Mitgliedern wie Dieter Hausold, Frank Kuschel und Michael Gerstenberger in der künftigen Landtagsfraktion aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung für eine bessere Wirtschaftspolitik wirken.

In diesem Sinne bitte ich Euch, bei der Besetzung der aussichtsreichen Listenplätze darauf zu achten, dass tätige Klein- und mittelständische Unternehmer angemessen repräsentiert werden, damit dies auch von den WählerInnen als Zeichen dafür verstanden wird, dass DIE LINKE eine Partei für den Alltag – auch den der UnternehmerInnen – ist.

Gerd Beck auf dem Listenparteitag am 27.03.2009 in Arnstadt